

TOP 2.1

Gremium Stadtrat	Termin 27.01.2020	Status öffentlich
----------------------------	-----------------------------	-----------------------------

Vorlage der Verwaltung

Kommunikationsmaßnahmen Hochstraße Süd

Vorlage Nr.: 20201025

ANTRAG

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 2019 weitreichende Entscheidungen zu den Hochstraßen Süd und Nord getroffen. In der Vorlage war unter Punkt 1.3 darauf hingewiesen worden, dass es „erforderlich sein [wird], die Anwohner angemessen über die Arbeiten zu informieren und eine Betreuung während des Rückbaus anzubieten“.

Aufgrund der engen zeitlichen Vorgaben bittet die Verwaltung um Zustimmung, einen Gesamtbetrag in Höhe von 750.000 Euro für die Jahre 2020 bis 2022 für eine umfassende Information verschiedener Zielgruppen rund um die Hochstraßen Süd und ggf. Nord in Anspruch nehmen zu können. Die genannten Mittel werden jeweils im Rahmen der vergaberrechtlichen Bestimmungen eingesetzt.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 2019 weitreichende Entscheidungen zu den Hochstraßen Süd und Nord getroffen. In der Vorlage war unter Punkt 1.3 darauf hingewiesen worden, dass es „erforderlich sein [wird], die Anwohner angemessen über die Arbeiten zu informieren und eine Betreuung während des Rückbaus anzubieten“.

Größtes Anliegen der städtischen Kommunikation rund um die Infrastrukturvorhaben zu den Hochstraßen Süd und Nord ist es, die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar zu informieren, Verständnis zu wecken für getroffene und zu treffende Entscheidungen sowie für die Komplexität innerstädtischer Infrastrukturvorhaben von regionaler und überregionaler Bedeutung. Die Stadtverwaltung Ludwigshafen möchte durch ihr kommunikatives Handeln zugleich für Problemlagen sensibilisieren und Bürger*innen sowie Stakeholder für einen sachlichen, ergebnisorientierten und konstruktiven Dialog qualifizieren. Dafür werden die Dialogformate ständig weiterentwickelt, um sie an die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppen anzupassen. Basis dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung ist ein Beschluss des Stadtrates vom 24. März 2014, basierend auf einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und CDU.

Die Verwaltung wird die Kommunikationsmaßnahmen, die sich aus dem oben zitierten Stadtratsbeschluss ergeben, schnellstmöglich vorbereiten und umsetzen. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Rahmen des vom Stadtrat genehmigten Budgets für den Rückbau der Hochstraße Süd zur Verfügung und sollen als wesentlicher Teil dieser Maßnahme über die Investitionsnummer der Pilzhochstraße und somit über den Finanzhaushalt abgerechnet werden. Die Verwaltung hat in einer ersten Schätzung ermittelt, dass in den kommenden drei Jahren dafür pro Jahr rund 250.000 Euro erforderlich sein werden. In den Kosten enthalten sind aufsuchende, zielgruppenadäquate analoge und digitale Informations- und Dialogangebote. Neben den bereits bestehenden und bekannten Dialogformaten werden weitere entwickelt, die sich am Bedarf der unterschiedlichen Anspruchsgruppen orientieren. In diesem Zusammenhang müssen freiberufliche Leistungen in Anspruch genommen werden. Außerdem entstehen Kosten für die Aufbereitung und Produktion von Informationsmaterial (analog und digital), dem Ausbau der Dialog- und Transparenzplattform www.ludwigshafen-diskutiert.de sowie für die Ausrichtung von Vor-Ort-Veranstaltungen. Die genannten Punkte umfassen ausschließlich Aktivitäten des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung.

Aufgrund der engen zeitlichen Vorgaben bittet die Verwaltung um Zustimmung, einen Gesamtbetrag in Höhe von 750.000 Euro für die Jahre 2020 bis 2022 für eine umfassende Information verschiedener Zielgruppen rund um die Hochstraßen Süd und ggf. Nord in Anspruch nehmen zu können. Die genannten Mittel werden jeweils im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen eingesetzt.

Die dargestellten Haushaltsmittel stehen auf der Investitionsnummer 0444021901 der Pilzhochstraße zur Verfügung. Bei den genannten Zahlen handelt es sich um erste und grobe Kostenschätzungen. Aufgrund der Komplexität der Infrastrukturmaßnahmen sind aus heutiger Sicht nicht alle Entwicklungen über die Jahre realistisch abschätzbar. Insofern wird es zu Anpassungen kommen, die in den entsprechenden Haushalten und/oder Nachträgen abzubilden sind.